

01.02.2021 - Indien

Die Regierungspartei BJP will antikolonialen Kampf umdeuten

von Dominik Müller*

«Wir, das Volk Indiens, haben feierlich beschlossen, Indien zu einer unabhängigen, sozialistischen, säkularen und demokratischen Republik zu machen», so steht es in der Präambel der indischen Verfassung.

Jedes Jahr am 26. Januar, dem «Tag der Republik», wird dieses Dokuments, das 1950 den Weg in die Unabhängigkeit markierte, feierlich gedacht. Durchaus auch als internationale Visitenkarte. Obwohl ihre Ideologie eines hinduistischen Indiens nicht dem Geist der Verfassung entspricht, spart auch die Regierungspartei BJP, seit 2014 an der Macht, in der Regel nicht an pompösen Auftritten. Aber dieses Jahr war alles anders. Es gab nur kleinere Paraden und kein internationaler Ehrengast war gekommen. Stattdessen protestierten mehrere dutzend Bauernorganisationen gegen ein Gesetzespaket der Regierung zur «Förderung und Schutz von Bauern».

Im Hochsommer 2020, mitten im Corona-Lockdown, war Premierminister Narendra Modi nach Ayodhya gekommen. Die Kleinstadt in Zentralindien ist in den vergangenen Jahrzehnten zu einem bedeutenden Politikum geworden: Hier soll der neue Tempel für den hinduistischen Gott Rama erbaut werden. Zuvor stand dort die Babri-Moschee, 1992 zerstört von den Anhängern der heutigen Regierungspartei, der «Indischen Volkspartei» BJP. Erst im November 2019 hatte das höchste Gericht in Neu Delhi grünes Licht für den Bau des umstrittenen Tempels gegeben, der jahrzehntelang Gegenstand eines Rechtsstreit zwischen den beiden Glaubensgemeinschaften in Indien war. Gekommen war Modi zur Grundsteinlegung für den Bau des Rama-Tempels, für den seine Partei und viele hindunationalistische Organisationen seit mehr als dreißig Jahren mobilisieren. Der Start der Kampagne fiel damals mit der Marktöffnung Indiens zusammen und war der Beginn der politischen Erfolgsgeschichte der BJP. Der Neubau des Tempels war eines der zentralen Versprechen im Wahlkampf zum indischen Unterhaus 2019. «Dieser Tempel wird zu einem Symbol unseres Erbes, unseres unerschütterlichen Glaubens werden», triumphierte Modi. Der Tag der Grundsteinlegung am vermeintlichen Geburtsort des Gottes Rama habe «eine ähnliche Bedeutung für das Land wie der Unabhängigkeitstag». So wie «jeder Teil der Gesellschaft den Freiheitskampf unterstützt» habe, gründe der Bau des Tempels auf die «Zusammenarbeit

von Menschen aus dem ganzen Land.»

«Indien den Hindus»

Modi begann seine politische Karriere in der Freiwilligenorganisation RSS, die 1925 nach dem Vorbild von Mussolinis Schwarzhemden gegründet wurde. «Sie sprechen offen darüber, Indien zur hinduistischen Nation zu erklären und die Verfassung zu ändern», sagt die indische Schriftstellerin Arundhati Roy, «Modi ist dort Mitglied, fast alle Minister und Abgeordnete seiner Partei auch.»

Damals, im Unabhängigkeitskampf gegen das britische Kolonialsystem, spielte die RSS keine Rolle. Hingegen spielten die indischen Muslime eine tragende Rolle in der Unabhängigkeitsbewegung. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung ? das Kolonialreich umfasste auch das heutige Pakistan und Bangladesch ? war damals weitaus größer als heute. Heute grenzt Modi die gegenwärtig 170 Millionen indischen Muslime bewusst aus. Auch wenn zwei muslimische Repräsentanten bei der Grundsteinlegung vertreten waren: Sie hatten nur Alibi-Funktion. Seit der Zerstörung der Babri-Moschee haben sich nämlich Pogrome und Lynchmorde an der religiösen Minderheit multipliziert, begleitet von der Hasspropaganda vieler BJP-Politiker.

Seit Jahren wollen Hindunationalisten die Unabhängigkeitsbewegung für sich vereinnahmen, um ihre Akzeptanz in der Bevölkerung zu stärken. Die Regierungspartei BJP und ihre Kaderorganisation RSS pflegen zu diesem Zweck einen Opfermythos: Indien sei in der Geschichte immer wieder von «ausländischen Invasoren» überfallen worden, die die hinduistische Bevölkerungsmehrheit unterdrückt hätten: erst die muslimischen Mogul-Herrscher, später die britischen Kolonialherren, die Indien bis 1948 regierten. Gandhi, die Ikone der Unabhängigkeitsbewegung, ist vielen Hindunationalisten verhasst: Sie machen ihn mitverantwortlich für die «Spaltung» des ehemaligen Kolonialreichs in Indien und Pakistan.

Dass die Hindunationalisten mit ihrer Politik ausgerechnet in den letzten drei Jahrzehnten Erfolg hatten, ist kein Zufall. Bis Anfang der 90er Jahre spielten sie politisch keine nennenswerte Rolle, die indische Bevölkerung wurde durch einen postkolonialen Konsens zusammengehalten. Der bestand unter anderem aus der Hoffnung, dass alle Inderinnen und Inder, egal welcher Kaste oder Religion, irgendwann an Wohlstand und Fortschritt teilhaben würden. Die aus der Unabhängigkeitsbewegung hervorgegangene Kongresspartei galt vielen ? trotz aller Korruptionsaffären und Ränkespiele ? bis dahin als Garant dieses Versprechens. Dieser Konsens wurde von der Kongresspartei selbst aufgekündigt. Auf Druck von Internationalem Währungsfonds und Weltbank musste sich das hoch verschuldete Indien Anfang der 90er Jahre dem Weltmarkt und damit der Konkurrenz um die günstigsten Produktionskosten öffnen, seine Wirtschaft deregulieren,

d.h. unter anderem Subventionen für die Landwirtschaft zusammenstreichen, Zölle herunterfahren und ausländische Investoren ins Land lassen. Gleichzeitig ermöglichte die neoliberale Wende den indischen Eliten, sich schamloser denn je zu bereichern. Die soziale Schere ging immer weiter auseinander. Den Hindunationalisten gelang es mit ihrer indienweiten Kampagne zur Zerstörung der Babri Moschee, dieses Vakuum zu füllen, indem sie eine «neue» kollektive Identität populär machten.

Der britische Historiker Perry Anderson spricht von einem «religiösen Kompensationsversuch, der wie eine Flutwelle kam», als «die sozialen Versprechungen der Kongresspartei verblasst waren». Heute sichern die Hindunationalisten den korrupten Eliten des Landes Macht und Wohlstand. Gleichzeitig suggerieren sie den niederen Kasten einen vermeintlichen gemeinsamen Kampf und lenken soziale Unzufriedenheit um in Hass auf andere Religionen und Minderheiten.

Renommierte Historiker stellen den Mythos des Rama-Tempels infrage, u.a.

K.N.Panikkar, mittlerweile emeritierter Professor für Kulturgeschichte an der Jawaharlal-Nehru-Universität in Neu-Delhi. Wenn an der Stelle der Babri-Moschee zuvor ein Hindu-Tempel gestanden hätte, müsste das in den schriftlichen Quellen des 16. und 17. Jahrhunderts auftauchen, so seine These. Viele dieser Quellen verwiesen stattdessen auf die tolerante Haltung des damaligen Mogulherrschers Babur gegenüber anderen Religionen. «Babur hat aus Rücksicht gegenüber Hindu-Heiligtümern sogar auf den Bau von Moscheen verzichtet», so der Historiker Panikkar. Er datiert den Mythos des Rama-Tempels auf das vorletzte Jahrhundert. «Dass die Babri-Moschee anstelle eines Tempels errichtet worden sei, ist eine relativ neue Annahme», erklärt der Wissenschaftler. «Ihren Ursprung hat sie in den Versuchen der Kolonialherrscher im 19. Jahrhundert, die Geschichte des Subkontinents umzuschreiben. Dabei haben sie die gegenseitige Feindschaft religiöser Gemeinschaften in den Mittelpunkt gestellt.»

Bisher ist es den Hindunationalisten jedoch nicht gelungen, die sozialen Konflikte damit zu befrieden. Auch wenn die BJP mit ihrer fundamentalistischen Agenda zweimal in Folge die absolute Mehrheit im indischen Unterhaus erringen konnte, stehen doch viele Hindus der BJP nach wie vor skeptisch gegenüber. Die Wahlergebnisse zeigen: Zum Erfolg der BJP hat wesentlich das Mehrheitswahlrecht beigetragen. Die meisten der 80 Prozent Inder, die der Religion des Hinduismus zugeordnet werden, sind nicht für die BJP: Von 604 Millionen Urängängern stimmte nur ein Drittel für die Hindunationalisten. Angesichts der zersplitterten und schwachen Opposition reicht das allerdings für die absolute Mehrheit. Der aktuelle Widerstand der indischen Bauern wird von großen Teilen der Gesellschaft unterstützt, einschließlich vieler Wissenschaftler und Intellektueller. Nimmt er weiter an Fahrt auf, könnte er die Regierung und ihre religiösen Spaltungsversuche deutlich schwächen.



Sozialistische Zeitung

Regentenstr. 57–59 · D-51063 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax (02 21) 9 23 11 97
redaktion@soz-verlag.de · www.sozone.de

**Dominik Müller ist Autor von: Indien ? Die größte Demokratie der Welt? Marktmacht, Hindunationalismus, Widerstand, Verlag Assoziation A, Berlin/Hamburg, 2014.*